

Rede von

Birgitt Aßmus
Stadträtin
Fraktionsvorsitzende

Rede zum Haushalt 2017 in der Sitzung des Stadtrates am 19. Januar 2017

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute wird ein Haushalt beschlossen werden, der auf der einen Seite viel Licht zeigt, auf der anderen Seite große Schatten wirft.

Hiobsbotschaften wie im letzten Jahr sind zum Glück ausgeblieben, allerdings sind 5 Mio Euro weniger Gewerbesteuereinnahmen im Ist 2016 zu verzeichnen als prognostiziert.

Wir haben trotzdem eine gute Einnahmesituation. Vergleicht man diese mit der Situation der letzten Legislaturperiode, so ist diese sogar hervorragend. Von einer angespannten Finanzlage der Stadt Erlangen zu sprechen, ist zumindest gründlich zu hinterfragen.

Dass der Haushalt besser dasteht als noch vor ein paar Jahren resultiert aus drei Gründen:

1. Entlastung des Bundes bei den KdU (Kosten für die Unterkunft) und der Umsatzsteuer.
Hier gilt es Dank zu sagen an die Bundesregierung.
2. Höhere Schlüsselzuweisungen durch den Freistaat.
Unser Dank gilt der Staatsregierung

3. Höhere Steuereinnahmen aus der Gewerbe- und Einkommensteuer:
So haben sich die Einkommensteuereinnahmen seit 2005 verdoppelt.
Hier gilt unser Dank der Wirtschaft und allen Steuern zahlenden
Bürgerinnen und Bürgern.

Mit 40 Mio Euro haben wir in diesem Haushalt ein sehr hohes Investitionsvolumen mit vielen wichtigen Investitionen, die den mittelfristigen Finanzplan der Stadt aber erheblich belasten.

Positiv sind die freie Finanzspanne von 11,9 Mio Euro und der hohe positive Saldo aus der Verwaltungstätigkeit von 16,1 Mio Euro bei Einbringung des Haushalts und jetzt bei 13,8 Mio Euro.

Und trotzdem wird dieser Haushalt mit einer Nettoverschuldung von rund 6,3 Mio Euro verabschiedet werden.
Wir stellen fest: Trotz der hohen Einnahmen ist es nicht gelungen, eine Nettoneuverschuldung zu verhindern!

Was läuft denn schlecht?

Die Verschuldung der Stadt hat sich von 145 Mio Euro in 2015 auf fast 155 Mio Euro in 2016 erhöht.

Die hohen Verpflichtungsermächtigungen, die schon bei der Einbringung des Haushalts 27,5 Mio Euro betragen, lassen wenig zusätzliche Spielräume zu.

Und die Personalkosten der Stadt werden sich spätestens ab 2018 wieder um mindestens 1,2 Mio Euro erhöhen.

Zu den Investitionen:

In diesem Jahr wird ein saniertes Freibad West wiedereröffnet und ein neu gebautes Hallenbad eröffnet. Das Kapitel "sanierte Bäder" in Erlangen kann dann bald abgeschlossen werden. Unsere Stadt hat dann zwei komplett sanierte Freibäder und zwei Hallenbäder.

Das freut uns als CSU-Stadtratsfraktion besonders, da diese Projekte noch zu "unserer" Zeit, also bis 2014, auf den Weg gebracht worden sind.
Wir begrüßen sehr, dass die „Ampel“ sich doch noch durchringen konnte, unseren Antrag zu unterstützen und damit den dringend benötigten Verkehrsübungsplatz auf den Weg zu bringen.

Wir unterstützen auch die Investitionen im Bereich Bildung und Kindertagesstätten sowie im Bau- und Straßenunterhalt.

Die Investitionen für die neuen Sporthallen lehnen wir so ab. Es ist im höchsten Maße ärgerlich und unverständlich, dass das für den Sport so erfolgreiche „Erlanger Modell“ nicht mehr praktiziert wird. Wenn neue Sportstätten geplant werden, müssen für alle Nutzer, d.h. für Schulen **und** Vereine Lösungen gefunden werden. Dies geht nur gemeinsam und auf keinen Fall durch Tischauflagen. Wir fordern daher sowohl die Dreifach- oder Vierfachhalle im Röthelheimpark sowie die Einfachhalle ASG nochmals zurückzustellen und neu zu diskutieren.

Die „Ampel“ hat hier nur den kleinsten gemeinsamen Koalitionsnenner gefunden, ein schlechter Kompromiss, ein Flickwerk, das wir so nicht in Erlangen bauen sollten. Geben Sie sich heute einen Ruck und nutzen die letzte Chance für eine gute Lösung.

Zum wiederholten Male weise ich auf die Sportentwicklungsplanung in Erlangen hin.

Es ist dringend erforderlich, dem Erlanger Sport in seiner Gesamtheit Perspektiven aufzuzeigen.

Thema Stadtumlandbahn: selbstverständlich akzeptieren wir das Ergebnis des Bürgerentscheids. Wir weisen aber trotzdem daraufhin, dass die benötigten Millionen für Verdrängungen im Finanzplan mit Sicherheit sorgen werden.

Für die StUB eingestellte Mittel können weder einseitig von einer Stadt gestreckt noch verschoben werden. Vielmehr ist zu befürchten, dass die Kosten steigen.

Und damit bin ich bei einem Problem, auf das wir schon vor einem Jahr deutlich hingewiesen haben. Der Finanzplan unserer Stadt ist sehr voll gepackt und damit eine große Herausforderung. Investitionen von über 50 Mio Euro in den Jahren 2018 – 2020 werden die Finanzmittelfehlbeträge stark ansteigen lassen.

Der Kämmerer hat bei der Einbringung des Haushalts deutlich darauf hingewiesen, dass die Steuerprognosen für das Jahr 2017 und die Folgejahre sehr optimistisch sind.

Die Gewerbesteuer soll von 80 Mio Euro in 2017 auf 87,67 Mio Euro in 2020 steigen, die Einkommensteuer von 84,8 Mio Euro auf sogar 98,35 Mio Euro, also knapp 100 Mio Euro!!!

Da gebe ich dem Kollegen Kittel recht, der in der Montagsausgabe der EN nicht ganz überraschend feststellte, dass die Einnahmen sich schwer planen lassen, im besonderen die Gewerbesteuer in Erlangen. Dem Rathausreport war die letzte Wasserstandsmeldung des Finanzreferats zu entnehmen: die Einkommensteuer und vor allem die Gewerbesteuer 2016 liegen unter dem Plan und die Gesamteinnahmen 2016 mit 188,6 Mio Euro liegen unter dem Vorjahr 2015!

Wir alle können uns nur wünschen, dass die Einnahmeansätze auch erreicht werden.

Was aber, wenn nicht?

Eine konzertierte Aktion, wie auch schon in vergangenen Jahren praktiziert, wäre die richtige Antwort. Die Entlastung des mittelfristigen Finanzplans würde dann auch die Genehmigungen der Haushalte ohne weitere Auflagen erleichtern.

Die neue Rathausmehrheit scheint dem Frieden auch nicht ganz zu trauen, denn wie sollen wir es sonst verstehen, dass alternative Finanzierungskonzepte für den „Campus Bildung“ geprüft werden sollen? Völlig überrascht waren wir allerdings über die Idee, ein neues Verwaltungsgebäude neben dem Medical Valley über den EBE zu realisieren.

EBE: der Entwässerungsbetrieb der Stadt Erlangen. Die Aufgabe des Entwässerungsbetriebes ist die Ableitung und Behandlung von Abwässern einschließlich der Klärschlammverwertung der Stadt Erlangen und der angeschlossenen Umlandgemeinden und Abwasserzweckverbände sowie Entsorgungsaufgaben. Damit ist aber wohl nicht die Entsorgung von Schulden gemeint.

Der EBE würde das Gebäude nur zu einem geringen Prozentsatz selbst nutzen. Was sind denn hier die Motive für diese Konstruktion? Leider hat man uns das Vergnügen nicht gegönnt, hier kritisch zu hinterfragen. Der Tagesordnungspunkt verschwand sang- und klanglos von der Tagesordnung. Es wäre so spannend, wie man ein derartiges Projekt der kritischen Erlanger Bürgerschaft verkaufen wollte. Vor allem angesichts der Tatsache, dass in nächster Zukunft viele Gebäude durch den Umzug der Firma Siemens in den neuen Siemens-Campus frei werden. Zumindest eine Prüfung aller Möglichkeiten wäre angebracht.

Und damit komme ich zu einem Thema, das uns ganz besonders wichtig ist und das unsere Stadt nachhaltig verändern wird.

Der Umzug der Firma Siemens in den Süden der Stadt wird vor allem für unsere Innenstadt große Auswirkungen haben. Auch der Wandel in der Altstadt, der nicht nur durch die vielen Baustellen bedingt ist, wird unsere Stadt verändern. Deshalb bedarf es eines Konzeptes zur qualitativen Weiterentwicklung unserer Stadt. Wie schon in meiner Haushaltsrede im letzten Jahr erwähnt, sehen wir das als eine besondere Herausforderung und auch als große Chance für Erlangen. Wir können dies nicht nur punktuell beeinflussen und schon gar nicht dem Zufall überlassen. Wir fordern nochmals nachdrücklich das versprochene Konzept (siehe letzte Haushaltsberatungen). Analog zur ehemaligen Projektgruppe Röthelheimpark beantragen wir die Einsetzung einer Projektgruppe, die sich ausschließlich mit diesem Thema befasst.

Der Wohnungsbau in Erlangen ist ein weiteres Thema, das unsere Bürgerinnen und Bürger stark bewegt. Eine frühzeitige und umfangreiche Informationspolitik ist unerlässlich. Dies ist von Seiten der Stadtspitze leider versäumt worden. Die Folge waren und sind die Unterschriftenaktionen verärgelter Bürgerinnen und Bürger. Veränderungen im privaten Umfeld werden naturgegeben sehr kritisch gesehen und die Reaktionen darauf sind entsprechend. Daher müssen Nachverdichtungen, ich halte schon das Wort für problematisch, ausführlich mit den Betroffenen diskutiert werden. Wir brauchen auch neue günstige, bezahlbare Wohnungen. Da sind wir uns alle einig. Aber nicht um jeden Preis. Daher sollte neben der Innenentwicklung die Außenentwicklung, d.h. die Ausweisung neuer Bebauungsflächen, vorangetrieben werden.

Ein wichtiger Bestandteil der Haushaltsberatungen sind die Diskussionen um den Stellenplan. Auch in diesem Jahr zeigten sich hier die höchstunterschiedlichen Ansätze der Fraktionen. Zum wiederholten Male haben wir darauf hingewiesen, dass mit der Schaffung von neuen Stellen äußerst vorsichtig umgegangen werden muss. Die Kosten des Personalhaushaltes können sehr schnell auch bedingt durch Tarifierhöhungen stark ansteigen. Und hier sollte man schon zumindest erschrocken sein, angesichts der Steigerungen in nur zwei Jahren.

Die Personalkosten in den Jahren 2015 bis 2017 sind um 10 Mio Euro gestiegen!

Das zeigt, dass die kritische Hinterfragung jeder einzelnen neuen Stelle mehr als gerechtfertigt ist. Unser wiederholter Antrag für neue Stellen, nicht

1,2 Mio Euro sondern 800.000 Euro bereit zu stellen, wurde natürlich abgelehnt. Was anderes haben wir auch gar nicht erwartet. Aber das Argument, es ginge ja gar nicht anders, weil all diese Stellen so dringend benötigt werden, kann entkräftet werden.

10 Mio Euro in nur zwei Jahren sprechen für sich. Das ist einfach zu viel. Kopfschütteln erregte besonders die Stellenneuschaffung im Amt für Soziokultur.

Da im letzten Jahr eine neu geschaffene halbe Stelle nicht besetzt werden konnte, weil sich für diese Stelle niemand fand, wurde einfach aus der halben eine ganze Stelle gemacht, damit sie auch besetzt werden kann. Verantwortliche Personalpolitik schaut anders aus.

Auch die Zahl der persönlichen Referenten des OB hätte man von drei auf zwei reduzieren können, das wären dann immer noch 100 Prozent mehr als beim Vorgänger Dr. Balleis gewesen.

Dass nächstes Jahr alles besser wird? Herr Kittel, wer soll das denn glauben?

Ein besonders unschönes Beispiel von undemokratischem Verhalten war der Hinweis von Frau Pfister, dass die CSU, wenn sie schon die 1,2 Mio Euro nicht mit beschlossen hat, sich aus der Priorisierungsdebatte verabschieden sollte. Wir sind immer noch der Meinung, dass ein Stadtratsbeschluss, der mehrheitlich beschlossen wurde, gilt und auf dieser Basis weiter gearbeitet und diskutiert wird.

Zur Verbesserung des Haushaltes und zur Reduzierung der Neuverschuldung beantragen wir:

1. Herausnahme der Planungskosten für die StUB: **850.000 Euro**
Begründung: die 90 Prozent Finanzierung durch den Bund ist noch nicht gesichert.
2. Die Verschiebung der Baumaßnahmen Loewenich- / Schillerstraße: **700.000 Euro**
3. Verschiebung der Planung der Dreifachhalle im Röthelheimpark und der Einfachhalle ASG um ein Jahr: zusammen **650.000 Euro**

Die Netto-Neuverschuldung von 6,278 Mio Euro kann damit um 2,2 Mio Euro **auf 4,078 Mio Euro reduziert** werden.

Zusätzlich wollen wir das Gesamtvolumen für die Stellenneuschaffungen auf 800.000 Euro begrenzen, das bedeutet eine ab 2018 wirksame **Reduzierung um 400.000 Euro**.

Schon 2017 wären so noch einmal 200.000 Euro an Einsparungen zu realisieren.

Und ich verweise auf die bereits erwähnte konzertierte Aktion zur Entlastung des mittelfristigen Finanzplans.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die CSU-Stadtratsfraktion hat Ihnen Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltes unterbreitet.
Wir laden Sie ein, diesen zugegebenermaßen schwierigeren Weg mit uns zu gehen.**

Dem Haushalt, so wie er uns heute vorliegt, werden wir **nicht** zustimmen.

Es ist ein Haushalt der verpassten Chancen, Herr Oberbürgermeister. In guten Zeiten wäre für unsere Stadt mehr möglich, hier ist die „Ampel“ in ihren eigenen schlechten Kompromissen gefangen. Zu oft werden die Bürgerinnen und Bürger genauso wie wir hier im Stadtrat mit den Entscheidungen der „Ampel“ konfrontiert und Sie erwarten dann Zustimmung und Frohlocken. Hier erwarten wir von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, mehr Offenheit und Einsatz. Es kann nicht sein, dass Sie nach dem Finden eines Ampel-Kompromisses nicht mehr in der Lage sind, bessere Lösungen zum Wohle unserer Stadt zu suchen und zu finden.

Die Haushaltsberatungen haben auch gezeigt, dass die Ämterbudgets zum Teil sehr gut ausgestattet sind und Spielräume für weitere Zuschüsse und angepasste Zuschusserhöhungen zuließen. Vor allem im sozialen Bereich, aber auch im Kultur- und Bildungsbereich, haben wir vielen Anträgen zugestimmt.

Integration und Bildung haben für die CSU-Stadtratsfraktion einen hohen Stellenwert. Gefreut hat uns, dass endlich das Seniorennetz durch die Stadt einen Zuschuss erhält.

Die Ämter gehen mit Ihren Budgets verantwortungsvoll um, das können wir durchaus so feststellen. Ausreißer wie die Grillanlage mit all den Folgekosten und die nicht abgestimmte Steinquaderaktion zur Vermeidung des Parkens in Rasenflächen, eine zu großer Verärgerung auch wegen der fehlenden Informationspolitik zum wiederholten Male, sollten in Zukunft vermieden werden.

Für ein gut funktionierendes Miteinander in der Stadt ist das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung. Ohne dieses wäre unser Leben um vieles ärmer, in manchen Bereichen, wie z.B. bei den Rettungsdiensten, gar nicht vorstellbar.

Die Unterstützung des Ehrenamtes hat für uns daher höchste Priorität. An dieser Stelle möchte ich im Namen der CSU-Stadtratsfraktion allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich im Ehrenamt einsetzen, herzlich „danke“ sagen.

Danken möchte ich auch der Verwaltung, die wieder alle Unterlagen gut aufbereitet und pünktlich aufgelegt hat. Zum einen bei Herrn Knitl und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Herrn Beugel, aber auch bei Herr Ternes, Herrn Wein und für die gute Zusammenarbeit und die souveräne Art und Weise, wie sie uns durch die schwierigen Ausschussberatungen gelotst haben.

Mein Dank gilt natürlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die für Rück- und Nachfragen immer zur Verfügung standen.

Für die gute und auch offene Zusammenarbeit danke ich dem Personalrat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Birgitt Aßmus
Stadträtin
Vorsitzende
CSU-Stadtratsfraktion Erlangen

19. Januar 2017

./.